



Österreichischer Gewerkschaftsbund

Parlament
Parlamentsdirektion
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
GZ. 13260.0060/1-L1.3/2018
GZ. 13280.0050/1-L1.3/2018

Unser Zeichen, BearbeiterIn
Mag.MM/CI

Klappe (DW)
39179

Datum
26.03.2018

Bundesgesetz, mit dem das Sicherheitspolizeigesetz, die Straßenverkehrsordnung 1960 und das Telekommunikationsgesetz 2003 geändert werden;

und

Bundesgesetz, mit dem die Strafprozeßordnung 1975, das Staatsanwaltschaftsgesetz und das Telekommunikationsgesetz 2003 geändert werden. (Strafprozessänderungsgesetz 2018);

Der ÖGB dankt für die Übermittlung der oben angeführten Entwürfe und nimmt wie folgt Stellung:

Das sogenannte „informationelle Selbstbestimmungsrecht“ ist seit den 1980er Jahren als Grundpfeiler des Rechts auf Datenschutz und des Persönlichkeitsrechts anerkannt. Es besagt im Kern: Wer nicht mit hinreichender Sicherheit überschauen kann, welche ihn betreffende Informationen in bestimmten Bereichen seiner sozialen Umwelt bekannt sind, und wer das Wissen möglicher Kommunikationspartner nicht einigermaßen abzuschätzen vermag, ist in seiner freien, persönlichen Entfaltung massiv eingeschränkt. Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information gespeichert oder weiterverwendet werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen. Wer damit rechnet, dass etwa die Teilnahme an einer Versammlung behördlich registriert wird und dass ihm dadurch Risiken entstehen können, wird möglicherweise auf eine Ausübung seiner entsprechenden Grundrechte verzichten. Das ist mit einer demokratischen Gesellschaft nicht vereinbar.

Eingriffe in dieses Grundrecht müssen daher mit Bedacht erfolgen und auf das Notwendigste eingeschränkt bleiben. Dem läuft das nun vorliegende Sicherheitspaket massiv entgegen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen bewegen sich in Richtung Totalüberwachung der Bürgerinnen und Bürger. Natürlich sind wir der Ansicht, dass sich die Menschen in unserem Land sicher fühlen sollen. Selbstverständlich hat das nicht nur

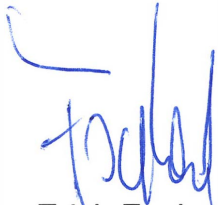
mit der objektiven Sicherheitslage sondern auch mit dem subjektiven Sicherheitsgefühl zu tun. Eine derartig offensive Ausweitung der staatlichen Überwachung des/der Einzelnen, insbesondere auch unbeteiligter und unbescholtener Bürgerinnen und Bürger, stellt jedoch keinesfalls ein taugliches Mittel dazu dar, die objektive Sicherheitslage wie auch das subjektive Sicherheitsgefühl zu verbessern.

Zu einzelnen ausgewählten Punkten:

- „Quick-Freeze“: Bei der geplanten Speicherung von Daten bei Telefonanbietern handelt es sich nach einhelliger ExpertInnenmeinung um eine bereits als grundrechtswidrig aufgehobenen „Vorratsdatenspeicherung durch die Hintertür“, die nicht den Kriterien der Rechtsprechung des EuGH genügt.
- Jeder Kauf einer Sim-Karte erfordert ab 2019 eine Registrierung der Identität. Somit werden anonyme Wertkarten für Mobiltelefone verboten. Es gibt jedoch keine Belege dafür, dass die Registrierung von SIM-Karten zu einer verbesserten Verbrechensaufklärung führt oder gegen Terrorismus hilft. Im Gegenteil zeigen internationale Beispiele sogar einen Anstieg bestimmter Delikte, da dadurch ein Schwarzmarkt für SIM-Karten entsteht.
- Sogenannte „IMSI-Catcher“ ermöglichen nicht nur die Ortung von Mobiltelefonen, sie ermöglichen insbesondere auch die Identifikation der Personen. So können beispielsweise alle TeilnehmerInnen einer Demonstration identifiziert werden. Hierbei handelt es sich um einen massiven Grundrechtseingriff! Auch ist es über diesen IMSI Catcher möglich, Telefondaten auszulesen. Ein gesetzliches Verbot ist keine geeignete Garantie um die Grundrechte entsprechend zu schützen.
- Auch den Einsatz sogenannter „Bundes-Trojaner“ lehnen wir ab. Sie sollen nicht nur gegenüber Verdächtigen eingesetzt werden, sondern auch gegenüber unbeteiligten Dritten, wenn der Verdacht einer Kontaktaufnahme besteht! Mit ihrer Hilfe kann der gesamte Datenfluss und die gesamte Kommunikation beispielsweise eines Mobiltelefons ausgelesen werden, inklusive aller verschlüsselten Inhalte und sonstiger auf dem Gerät gespeicherter Daten. Um eine derartige Software überhaupt auf einem Handy installieren zu können, muss sich der Staat bestehender Sicherheitslücken und äußerst fragwürdiger Praktiken bedienen. Genau so ist unklar, was mit der Software passiert, nachdem kein Anlass mehr zur Datenüberwachung besteht!
- Die geplante Ausweitung der Videoüberwachung bzw auf den Zugriff von private Überwachung auf öffentlichen Plätzen führt zu einer staatlichen Komplettüberwachung des öffentlichen Raums. Das ist massiv überschießend!
- Auch die massive Ausweitung der Kennzeichenerfassung und die Durchbrechung des Briefgeheimnisses gehen für uns viel zu weit und stehen in keiner Relation zum angedachten Zweck.

- Schließlich sprechen wir uns auch gegen die massive Verlängerung sämtlicher Speicherfristen im Vergleich zu vorhergehenden Gesetzesentwürfen aus. Auch sie trägt dazu bei, dass die Maßnahmen unverhältnismäßig sind.

Wir ersuchen um Berücksichtigung der Stellungnahme.



Erich Foglar
Präsident



Mag. Bernhard Achitz
Leitender Sekretär